



„Wir wählen die Freiheit!“

Gründungsprogramm der WerteUnion

Unsere Leitidee: ein freies Individuum in einer freiheitlichen Gesellschaft

Die WerteUnion ist eine freiheitlich-konservative Partei. Sie setzt sich für ein rechtsstaatliches und demokratisches Deutschland ein, das von der Menschenwürde und der Freiheit seiner Bürger ausgeht. Der Staat hat nach innen die Aufgabe, die Freiheit seiner Bürger in der Gesellschaft zu ermöglichen und zu bewahren. Die Bürger sollen selbst entscheiden, wie sie leben wollen. Der Staat hat die Selbstbestimmung und Freiheitlichkeit der Gesellschaft zu schützen und ein friedvolles Miteinander in Staatengemeinschaft zu fördern.

Wer wir sind und wofür wir stehen

Die WerteUnion e.V. wurde 2017 als eingetragener politischer Verein von CDU- und CSU-Mitgliedern gegründet, um innerhalb der Unionsparteien darauf hinzuwirken, dass der Linkskurs unter der damaligen CDU-Parteivorsitzenden gestoppt und korrigiert wird. Die WerteUnion wandte sich insbesondere gegen die unkontrollierte Masseneinwanderung, den Ausstieg aus der Kernenergie, sowie die zunehmende Belastung von Arbeitnehmern und Mittelständlern durch staatliche Abgaben und Bürokratie.

Die Unionsparteien waren ursprünglich die Parteien, die für Freiheit, Rechtsstaat, Demokratie und für die Wahrung der Interessen des deutschen Volkes eintraten. Zu ihren Grundüberzeugungen zählte, dass sie sich für die soziale Marktwirtschaft, Meinungsfreiheit, Medienpluralismus, freie Wissenschaft und Bildung und gegen jede Art der Ideologisierung unserer Gesellschaft aussprachen. Vor allem kämpften die Unionsparteien gegen jede Form des Sozialismus, der in allen Ausprägungen eine freiheitsfeindliche Ideologie ist.

CDU und CSU vertreten heute Positionen, die von einem freiheitlichen und christlichen Menschenbild abweichen. Sie neigen zunehmend politischen Positionen und Konzepten zu, die sie mehr und mehr zu Varianten und nicht zu Alternativen sozialistischer Parteien machen. Die WerteUnion e.V. hat feststellen müssen, dass die notwendige Politikwende durch die aktuellen Unionsparteien nicht möglich ist. Auf der Bundesversammlung der WerteUnion e.V. am 20. Januar 2024 in Erfurt stimmten daher 95 Prozent der anwesenden Mitglieder dafür, sich als Partei von CDU und CSU zu trennen.

Die WerteUnion ist eine freiheitlich-konservative Partei. Sie nimmt für sich in Anspruch, die ideelle und programmatische Nachfolgerin der klassischen Unionsparteien zu sein und die Werte, die Deutschland stark gemacht haben, zu vertreten. Wir stehen zu unserer Heimat und ihren Traditionen. Dabei geht es nicht um ein reaktionäres Zurückfallen in eine verlorene Vergangenheit, sondern darum, dass wir mit christlichen und freiheitlichen Werten als unsere Werkzeuge die Probleme von heute und von morgen lösen.

Die WerteUnion setzt sich für ein rechtsstaatliches und demokratisches Deutschland ein, in dem sich der Staat aus dem Leben der Bürger weitgehend heraushält, weil nicht der Staat, sondern die Bürger grundsätzlich frei entscheiden sollen, wie sie leben, wie sie ihre Kinder erziehen, wie sie arbeiten und wirtschaften, oder auch wie sie heizen wollen. Uns ist die Freiheit des Einzelnen wichtig. Der Staat hat die Sicherheit der Bürger zu garantieren und so ihre individuelle Freiheit zu schützen.

Die WerteUnion lehnt politische Ideologien und totalitäre Weltanschauungen ab. Wir stehen für eine realistische und an den Interessen der Bürger ausgerichtete Politik von Maß und Mitte und gegen politischen Radikalismus. Wir verstehen uns als Anwalt der Bürger und wollen den Staat zum Wohle der Menschen gestalten. Deshalb lehnen wir parteipolitisches Taktieren ab und werden eine Politik betreiben, die Probleme löst und Zukunft sinnvoll gestaltet. Wir streben einen respektvollen Politikstil an.

Die Gewaltenteilung und der Rechtsstaat müssen gestärkt werden. Die Amtszeit des Bundeskanzlers und der Ministerpräsidenten ist zu begrenzen. Wir wollen, dass Menschen mit Berufserfahrung Verantwortung übernehmen und nicht reine Berufspolitiker. Qualität und nicht Quoten sollen über die Besetzung von Positionen entscheiden.

Unsere Positionen

1. Verfassung, Recht und Entideologisierung

Die Erosion von Rechtsstaat und freiheitlicher Demokratie ist die größte Gefahr für unsere Gesellschaft. Der Rechtsstaat leidet nicht nur unter den Folgen einer zunehmenden Gewaltenverschränkung, sondern bereits an seiner Basis an einem rasanten Verfall der Gesetzesqualität. Immer mehr und undurchdringlichere Vorschriften, die mehr Rechtsunsicherheit und Bürokratie schaffen als tatsächliche Probleme zu lösen, gängeln die Menschen und hindern sie daran, ihr Potenzial zu entfalten. Wir wollen diese Entwicklung stoppen und für eine deutliche Verbesserung und Vereinfachung unserer Gesetze auf allen Ebenen sorgen.

Die WerteUnion setzt sich für eine Stärkung der freiheitlichen Demokratie und für ein Zurückdrängen des „Wokismus“ und anderer Ideologien ein, die die freiheitliche Gesellschaft und ihren Zusammenhalt beschädigen. Ein Zwang oder Druck zur Anwendung von Gendersprache und Genderideologie haben in staatlichen Einrichtungen, im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und in (Hoch-)Schulen nichts zu suchen.

Wir sind für den Rückbau des Parteienstaates und für den Ausbau der Herrschaft des Volkes, auch durch die Einführung plebiszitärer Elemente wie der Volksabstimmung. Die Unabhängigkeit der Justiz muss gewährleistet werden, insbesondere dürfen Staatsanwaltschaften nicht mehr den Weisungen der Regierungen unterstehen. Zu einer unabhängigen Justiz zählt auch, dass Politiker nicht in Richterämter gewählt werden dürfen und ihr Einfluss auf die Richterwahl eingeschränkt wird.

2. Medien und Meinungsfreiheit

Die Medien werden oft als die Vierte Staatsgewalt bezeichnet. Diesem Anspruch können sie nur gerecht werden, wenn sie die Meinungsvielfalt der Menschen abbilden und unabhängig von staatlichen Organisationen sind. Das wiederum bedingt, dass der Staat keinen Einfluss auf die Medien durch direkte oder indirekte Finanzierung ausüben darf. Staatliche Stellen haben kein Recht darauf festzulegen, welche Tatsachenbehauptungen und welche Meinungen richtig oder falsch sind. Die Grenzen des Sagbaren zieht das Strafgesetzbuch und nicht die Zensur, die Artikel 5 des Grundgesetzes ausdrücklich verbietet. Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz und das Digitale-Dienste-Gesetz müssen von allen Vorschriften befreit werden, die eine solche Zensur ermöglichen.

Die WerteUnion bezweifelt, ob der öffentlich-rechtliche Rundfunk mit seinen verkrusteten Strukturen im angestrebten Sinne reformierbar ist. Er muss jedenfalls in der bestehenden Form abgeschafft und im Rahmen der Grundversorgung mit deutlich niedrigeren Gebühren neu aufgesetzt werden.

3. Bürgerliche Werte, Familie und Erziehung

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Wir bekennen uns zum christlichen Menschenbild und treten ein für die Würde und den Wert jedes menschlichen Lebens in allen Lebensphasen und wollen dabei helfen, dass man sich immer für das Leben entscheiden kann. Es ist Aufgabe des Staates, jedem Menschen dieselben Rahmenbedingungen für

ein Leben in Freiheit und Verantwortung zu ermöglichen. Es muss wieder der Grundsatz gelten, dass der Staat für den Menschen da ist – und nicht der Mensch für den Staat.

Die Familie ist die Keimzelle und der Kern unserer Gesellschaft. Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz des Staates, aber auch Alleinerziehende müssen angemessene Unterstützung erhalten. Wir brauchen eine erkennbare Willkommenskultur für Kinder. Kinder müssen vor allem in Kitas und Schulen vor Frühsexualisierung und Genderideologie geschützt werden.

Die WerteUnion will das Mitspracherecht der Eltern in Erziehungs- und Bildungseinrichtungen gemäß dem grundsätzlichen Recht der Verantwortungsübernahme grundsätzlich stärken und ausbauen. Der Staat hat keine erzieherische Aufgabe, sondern eine die Selbständigkeit der Familie und die Erziehung zur Freiheit stärkende Funktion.

4. Migration und Staatsangehörigkeit

Das Asylrecht für politisch Verfolgte ist gerade für uns Deutsche eine wichtige gesellschaftliche und völkerrechtliche Errungenschaft. Es muss aber auch vor der unberechtigten massenhaften Inanspruchnahme und Gewährung geschützt werden, die zur Destabilisierung der Demokratie und zu enormen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Schäden führte und führt.

Die WerteUnion fordert, dass die Bundespolizei angewiesen wird, mit allen erforderlichen und geeigneten Mitteln den Schutz des Bundesgebietes vor illegaler Einwanderung und Asylmissbrauch zu gewährleisten. Hierzu gehört auch die unmittelbare Zurückweisung an der Grenze, solange wegen eines unzureichenden Schutzes der EU-Außengrenzen Grenzkontrollen in Deutschland nötig sind.

Ausländer, die vollziehbar ausreisepflichtig sind, müssen das Land verlassen. Wenn sie nicht freiwillig ausreisen, ist der Aufenthalt durch Abschiebung zu beenden. Wie in allen anderen Rechtsgebieten ist auch im Abschiebungsrecht das Verfahren so zu vereinfachen, dass Entscheidungen über die Abschiebung in aller Regel auch durchgesetzt werden. Die europarechtlichen Möglichkeiten der Abschiebehaft insbesondere für Straftäter und Gefährder sind dabei voll auszuschöpfen.

Aus Sicht der WerteUnion muss auch das Staatsangehörigkeitsrecht reformiert werden. Es darf nicht weiter zugelassen werden, dass die deutsche Staatsangehörigkeit vorschnell Personen verliehen wird, die sich nicht in Deutschland integriert haben oder nicht integrieren wollen.

Der partielle Fachkräftemangel und das demographische Problem müssen vor allem durch arbeitsmarkt-, bildungs- und familienpolitische Maßnahmen gelöst werden. Daneben kann eine Einwanderung von qualifizierten Ausländern, auch aus dem Nicht-EU-Ausland, in begrenztem Umfang sinnvoll sein.

5. Innere Sicherheit

Der Staat muss seine Bürger und unsere freiheitliche Gesellschaft stärker vor Kriminalität, Gewalt und jeder Form von Extremismus, Islamismus und Antisemitismus schützen. Die Zuwanderung ist konsequent zu begrenzen und zu steuern. Parallelgesellschaften,

die das Grundgesetz und das Existenzrecht Israels nicht akzeptieren, darf der Staat nicht dulden.

Die Innere Sicherheit verlangt ein ganzheitliches Verständnis, das alle für die Sicherheit bedeutsamen Aufgabenfelder des Staates und nichtstaatlicher Stellen einbezieht. Wirklichkeitsfremde und überbordende Datenschutz-, Datenübermittlungs- und Bürokratievorschriften sind zu beseitigen.

Die Sicherheitsbehörden müssen frei von parteipolitischer Einflussnahme sein. Eine Instrumentalisierung der Sicherheitsbehörden, insbesondere des Verfassungsschutzes, durch regierende Parteien, um im politischen Wettbewerb Vorteile zu erlangen, muss ausgeschlossen werden.

6. Soziale Marktwirtschaft, Wirtschafts- und Sozialpolitik

Die Soziale Marktwirtschaft verbindet wirtschaftliche Freiheit mit sozialem Ausgleich und bildet so die Grundlage für nachhaltiges Wirtschaftswachstum, Wohlstand und eine gerechte Verteilung. Zu diesem Zweck muss ein stabiler und transparenter Ordnungsrahmen wiederhergestellt werden, welcher Bürgern und Unternehmen einen möglichst großen wirtschaftlichen Spielraum gibt. Es gilt das Prinzip: so viel Markt wie möglich und so wenig Staat wie nötig.

Der Staat muss sich wieder auf seine Kernaufgaben beschränken. Deshalb muss die Staatsquote deutlich gesenkt werden. Überflüssige Bürokratien und Behörden sind abzuschaffen. Mit der Reduktion der Staatsquote muss eine Senkung der Abgabenbelastung einhergehen. Markt und Wettbewerb dürfen nicht länger durch Bürokratie und immer mehr überhandnehmende Regulierungen und Vorschriften gelähmt werden.

Der Markt ist kein Selbstzweck, sondern soll dem Wohle aller dienen. Dies ist nur dann der Fall, wenn der Wettbewerb funktioniert. Die Wettbewerbspolitik steht heutzutage vor großen Herausforderungen, insbesondere durch die dominierende Stellung der großen internationalen Technologieunternehmen. Diese Herausforderungen muss der Staat auch mit Blick auf den Schutz des europäischen Binnenmarktes annehmen. Aber der Staat muss nicht nur den Wettbewerb schützen und fördern, er darf diesen auch nicht selbst verzerren. Deshalb ist grundsätzlich auf Subventionen zu verzichten, es sei denn, diese sind für Infrastruktur und Daseinsvorsorge oder zum Erhalt von für die nationale Sicherheit unverzichtbaren Branchen, insbesondere die Landwirtschaft, notwendig. Der Wettbewerb um ausländische Direktinvestitionen ist mit der Qualität des Standorts Deutschland zu führen, nicht mit Subventionen.

Eine stabilitätsorientierte Geldpolitik ist sowohl aus wirtschaftlichen als auch aus sozialen Gründen unverzichtbar. Die Geldentwertung ist der größte Feind des wirtschaftlichen Wohlstands. Deshalb erwarten wir von der EZB, dass sie unsere Währung vor Inflation schützt. Wir wollen, dass der Staat sparsam mit den Steuergeldern umgeht und seine Verschuldung begrenzt. Weitere Schulden der EU und deren Vergemeinschaftung lehnen wir ab. Unser Rentensystem muss zukunftsfähig aufgestellt werden, damit auch kommende Generationen noch eine auskömmliche Rente erwarten können.

Der Einführung eines digitalen Euros stehen wir skeptisch gegenüber; sie darf nicht zur Abschaffung des Bargelds oder zu neuen Möglichkeiten der Überwachung des Bürgers führen.

Wohneigentum ist ein Vermögensbestandteil, der nicht nur wirtschaftlich unabhängig macht und der Altersvorsorge dient, sondern auch zur sozialen Stabilität beiträgt. Die Schaffung von Wohnraum darf daher nicht länger durch überzogene Regulierungen und durch überhöhte Grunderwerbsteuer behindert werden.

7. Finanz- und Steuerpolitik

Die Einkommensteuer muss dem Prinzip der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit Rechnung tragen, darf aber die Leistungsanreize nicht zu stark beeinträchtigen. Die Unternehmensbesteuerung muss international wettbewerbsfähig werden. Zu diesem Zweck ist insbesondere die Gewerbesteuer abzuschaffen. Das deutsche Steuersystem muss vereinfacht werden, indem Bagatellsteuern und steuersystematisch ungerechtfertigte Steuern abgeschafft werden.

Da die Staatsverschuldung zu Lasten kommender Generationen geht und den Handlungsspielraum künftiger Regierungen einschränkt, ist sie streng zu beschränken. Auf der Einnahmenseite gilt es, die Finanzautonomie von Ländern und Gemeinden zu stärken. Der Länderfinanzausgleich darf die Finanzkraftunterschiede zwischen den Ländern nicht nivellieren, damit diese noch Anreize zur Verbesserung ihrer Wirtschafts- und Finanzkraft haben.

Im Rahmen der Europäischen Union müssen die wirtschafts- und finanzpolitischen Kompetenzen grundsätzlich bei den Mitgliedstaaten liegen. Eine europäische Lösung ist nur in den Fällen angezeigt, in denen dies für das Funktionieren des Binnenmarktes erforderlich ist, also beispielsweise im Bereich der Zollpolitik. Deutschland darf nicht länger der Zahlmeister der EU sein. Eine Mithaftung für die Schulden anderer EU-Staaten lehnen wir strikt ab.

8. Energie- und Klimapolitik

Die Energiepolitik Deutschlands war in den vergangenen beiden Jahrzehnten geprägt von Ideologie und irrationalen Ängsten. Industriebetriebe können nur dann international konkurrenzfähig produzieren, wenn sie auf kostengünstige und ständig verfügbare Energie zurückgreifen können. Wir brauchen deshalb grundlastfähige Kraftwerke mit niedrigen Betriebskosten.

Das Ziel der „Klimaneutralität“ bis 2050, das sich die EU im Rahmen des „Green Deal“ gesetzt hat, ist aus ökonomischer Sicht aufgrund der damit verbundenen gewaltigen Kosten völlig unverhältnismäßig und auch aus ökologischer Sicht zweifelhaft. Eine weitere Reduzierung des Kohlendioxidanteils durch Deutschland wird keine messbaren Auswirkungen auf den Klimawandel haben, aber zur Zerstörung oder Abwanderung unserer Industrien und zur Verarmung von Teilen der deutschen Bevölkerung führen.

Kraftwerke auf der Basis von Kernspaltung sind mittelfristig die umweltverträglichste und kostengünstigste Art der Stromerzeugung, was von fast allen Industrieländern erkannt wurde. Sie haben den geringsten Flächenverbrauch und den geringsten Schadstoffausstoß. Das gilt insbesondere für bereits gebaute Kernkraftwerke. Deutschlands Kernkraftwerke gehörten zu den sichersten und zuverlässigsten weltweit. Die WerteUnion fordert, dass so viele der stillgelegten Kernkraftwerke wie möglich wieder in Betrieb genommen werden.

Die WerteUnion wendet sich gegen alle Auflagen, die Bauen, Wohnen und Mobilität unnötig verteuern. Detaillierte Vorschriften, wie Hausbesitzer zu heizen haben, lehnen wir ebenso ab wie das Verbot des Verbrennermotors.

9. Ernährungssicherheit, Land- und Forstwirtschaft

Die wichtigsten Aufgaben der deutschen Agrarpolitik sind, die fruchtbaren Böden und die bäuerliche Struktur zu sichern und zu entwickeln und eine möglichst hohe Selbstversorgung mit Lebensmitteln sicherzustellen. Das Leitbild der WerteUnion ist der bäuerliche Familienbetrieb und Agrargenossenschaften mit seiner Verbindung aus Eigentum und Arbeit, aus Privatinitiative und Nachhaltigkeit in Generationenverantwortung.

Einfuhren von Agrarrohstoffen aus Ländern, die zu deutlich niedrigeren sozialen und ökologischen Standards produzieren, sind aus Sicht der WerteUnion zu reglementieren. Die Standards innerhalb der EU sind anzugleichen. Um Wettbewerb in der Branche wieder herzustellen, sind die Monopole bei den Zulieferern und Abnehmern der Landwirtschaft zu entflechten und faire Lieferbeziehungen durchzusetzen.

10. Wissenschaftsfreiheit

Die moderne Wissenschaft hat wesentlich zur Emanzipation des Menschen, zum Fortschritt und zur Schaffung von Wohlstand auf der ganzen Welt beigetragen. Neben dem Rechtsstaat ist sie eine der Grundlagen der offenen Gesellschaft. Sie kann ihre Funktion aber nur dann erfüllen, wenn sie frei von politischer Einflussnahme ist. Entscheidend ist eine freie, offene und kritische Diskussion, bei der es keine Tabus und keine von der Kritik ausgenommenen Theorien geben darf.

Die verfassungsrechtlich garantierte Freiheit von Forschung und Lehre wird jedoch zunehmend durch moralische und politische Vorbehalte eingeschränkt. Diese Entwicklung schadet der Leistungsfähigkeit der deutschen Universitäten, der Attraktivität des Wissenschaftsstandorts Deutschland und der weiteren Entwicklung der Wissenschaft. Dies gilt vor allem für politisch umstrittene Bereiche wie die Klima-, Energie-, Migrations- oder Genderforschung. Durch den so erzeugten Konformitätsdruck wird die wissenschaftliche Debatte begrenzt und in bestimmte Bahnen gelenkt. Wer sich diesem Druck nicht unterwirft, wird nicht selten ausgegrenzt und muss mit beruflichen, sozialen und finanziellen Sanktionen rechnen.

Die WerteUnion verteidigt entschlossen die Freiheit von Forschung und Lehre und lehnt alle ideologisch motivierten Einschränkungen entschieden ab. Dies ist eine der Kernvoraussetzungen, um auf den Weg des gesellschaftlichen Fortschritts und der Mehrung von Wissen und Wohlstand zurückzukehren.

11. Medizinische Versorgung, Gesundheit und Pflege

Derzeitige Anreiz- und Abrechnungssysteme setzen Anbieter medizinischer Leistungen häufig unter Druck, den kommerzielleren Behandlungsweg vorzuschlagen, ohne wirklichen Nutzen für den Patienten. Dem muss gegengesteuert werden. Der tatsächliche prophylaktische und therapeutische Nutzen vieler Behandlungen muss umfassender erforscht und zur Entscheidungsgrundlage gemacht werden. Die Prinzipien der evidenzbasierten Medizin sind dazu in der Lage und sollen deshalb breiter und inhaltlich

hochwertiger durchgesetzt werden. Hochwertige geriatrische und palliative Strukturen in Pflegeeinrichtungen, auch für die häusliche Pflege, sind vor allem im Hinblick auf die alternde Gesellschaft flächendeckend auszubauen.

Im Rahmen der Corona-Krise führte ein in hohem Maße irrationales Pandemiemanagement zu einem gesundheitlichen wie finanziellen Desaster. Deshalb ist eine ehrliche wie sachkundige Aufarbeitung unumgänglich. Sektorale und erst recht allgemeine Impfpflichten lehnt die WerteUnion genauso ab wie die Übertragung souveräner nationaler Gesundheitskompetenzen im Sinne des vorliegenden WHO-Pandemievertrages.

12. Schule und Bildung

Für Deutschland als rohstoffarmes Land sind gute Schulbildung und wissenschaftliche Exzellenz an den Universitäten wesentliche Voraussetzungen für seinen Wohlstand. Wir bekennen uns zu den Ideen der europäischen Aufklärung und zum Allgemeinbildungsgedanken Wilhelm von Humboldts. Jedes Kind soll bestmögliche Ausgangsbedingungen sowie eine seinen individuellen Fähigkeiten, Begabungen und Interessen entsprechende Förderung erhalten. Daher steht die WerteUnion für ein gegliedertes und durchlässiges Schulsystem, das differenziert anstatt zu nivellieren und den Aufstieg durch Leistung ermöglicht.

Verpflichtende Sprachtests und Sprachförderprogramme sollen sicherstellen, dass jedes Kind beim Eintritt in die Grundschule die deutsche Sprache auf einem altersangemessenen Niveau beherrscht. Unsere Kinder sind im Sinne der Freiheit und Gleichberechtigung von Mann und Frau zu erziehen, weshalb wir auch jegliche Form politischer und religiöser Indoktrination ablehnen

Die WerteUnion will dem partiellen Fachkräftemangel wirksam begegnen, indem sie die duale Ausbildung stärkt. Statt auf eine flächendeckende Akademisierung um jeden Preis setzt die WerteUnion auf die gesellschaftliche Wertschätzung von Ausbildungsberufen wie von akademischen Berufen. Ideologisierte Bildung lehnen wir ab.

13. Digitalisierung und Verkehrsinfrastruktur

Die Versorgung mit digitaler Infrastruktur hat in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht. Nachbesserungen in der Flächenabdeckung sind jedoch erforderlich und müssen mit den Marktteilnehmern vereinbart werden. Die WerteUnion setzt sich dafür ein, dass Deutschland als Forschungsstandort für digitale Technologien gestärkt wird. Durch verpflichtende nationale Standards und durch eine Reform der Vergabepaxis wollen wir Bürokratieabbau und Kostenreduktion erreichen.

Die Instandhaltung vieler Brücken und Straßen wurde in den letzten Jahrzehnten vernachlässigt, weil die Steuereinnahmen von Verkehrsteilnehmern zu einem großen Teil für andere Bereiche verwendet wurden. Hier gibt es großen Nachholbedarf, der unverzüglich angegangen werden muss. Die ökonomisch sinnvolle Instandsetzung muss Priorität vor dem Neubau insbesondere von Straßen haben.

Wir sehen die Verantwortung für die Instandhaltung und Optimierung des Bahnnetzes weiter beim Bund. Dagegen wollen wir den Bahnbetrieb außerhalb des öffentlichen

Nahverkehrs privatisieren, weil wir uns vom Wettbewerb eine Verbesserung von Pünktlichkeit und Service und reduzierte Preise für die Fahrgäste erwarten. Dies setzt die Trennung von Bahninfrastruktur und Bahnbetrieb voraus.

14. Europa- und Außenpolitik

Die Außen- und Europapolitik der Bundesrepublik Deutschland ist an den nationalen Interessen des Landes und seiner Bürger auszurichten. Entsprechend ist das außenpolitische Agieren, sei es zwischenstaatlich oder in supranationalen Organisationen, umzusetzen. Die WerteUnion bekennt sich im Ausgangspunkt zu einem Europa der Vaterländer.

Jenseits nationaler Bedürfnisse und Interessen ist die gedeihliche und friedliche Entwicklung der Nationen auf dem europäischen Kontinent und weltweit von herausragender Bedeutung. Der Bundesrepublik Deutschland kommt dabei aufgrund seiner historischen Verantwortung und als ökonomisch starkes Land eine besondere Bedeutung zu.

Träger und Vehikel des Europa-Gedankens ist institutionell die Europäische Union. Diese im Sinne von Art. 23 Abs. 1 GG – also unter strikter Beachtung der Subsidiarität – weiterzuentwickeln, muss sich Deutschland weiter verpflichtet sehen. Allerdings ist der Zustand der EU aktuell besorgniserregend, da sie sich zunehmend zu einer übergriffigen, nationale Bedürfnisse einzelner Länder missachtenden Organisation gewandelt hat. Es ist offensichtlich, dass die EU grundlegender Reformen sowie insgesamt der Konsolidierung bedarf. Den Schlüssel hierfür sieht die WerteUnion in einer Rückbesinnung auf die Ziele des europäischen Binnenmarkts sowie die gemeinsamen kulturellen und historischen Wurzeln, ohne die Europa zwischen den weltpolitischen Blöcken zerrieben zu werden droht. Es geht um eine EU, die den von ihr versprochenen Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts praktisch realisiert und auf die – unterschiedlichen – Stärken ihrer Mitgliedstaaten vertraut, anstatt sie permanent mit Bürokratie, Regulierung und oberlehrerhaftem Zwang zu überziehen.

Die Vereinten Nationen (UN) sind ein unverzichtbares Instrument des Multilateralismus. Die Bundesrepublik Deutschland hat aus ihrer Geschichte heraus ein herausragendes Interesse am Erfolg dieser weltumspannenden Friedensorganisation. Eine aktive Mitarbeit unseres Landes in allen Bereichen der UN stärkt unsere nationale Position und jene im Konzert der Mächte. Als eines der größten beitragszahlenden Länder hat Deutschland aber auch die Verpflichtung, die Arbeit der UN kritisch zu begleiten und gegebenenfalls Korrekturen anzumahnen.

Entwicklungshilfe ist nach Auffassung der WerteUnion auf die Kernaufgaben zu reduzieren. Sie hat nach dem Grundsatz „Hilfe zur Selbsthilfe“ zu erfolgen. Diese hat den elementaren Bedürfnissen des Entwicklungslandes und den Interessen Deutschlands zu dienen. Eine Reduzierung der Projekte und Ausgaben erleichtert die Ausgabenkontrolle.

15. Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, Bundeswehr

Die WerteUnion bekennt sich zur NATO. Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg ist eng verwoben mit ihrer Mitgliedschaft im nordatlantischen Bündnis. Es war die Grundlage für die gedeihliche Entwicklung unseres Landes nach der Herrschaft der Nationalsozialisten, für das kooperative Miteinander auf unserem Kontinent, die Gründung der Europäischen Gemeinschaften und letztlich für die Überwindung der Teilung Deutschlands und damit Europas.

Die Bundeswehr muss wieder verteidigungsfähig werden. Wir stehen für Frieden, sind aber notfalls auch bereit, uns gemeinsam mit unseren europäischen und transatlantischen Verbündeten zu verteidigen. Die Bedrohungslage für das nordatlantische Bündnis und die Bundesrepublik Deutschland lässt eine weitere Aussetzung der Wehrpflicht nicht länger zu. Eine Sozialzeit von gleicher Dauer wird für diejenigen angestrebt, die keinen Wehrdienst leisten können oder wollen.

Bonn, den 17. Februar 2024